

## SHORT NEWS

**La police accueille les sans-papiers à sa manière**

(da) - Alors que notre article sur la marche des réfugié-e-s se trouvait déjà dans les rotatives, jeudi matin, la marche a fait parler d'elle. A Kirchberg, au centre de conférences (CCK), se tenait le conseil européen des ministres de l'Intérieur et de la Justice. Une soixantaine de marcheurs ont essayé de pénétrer dans le bâtiment, sans succès. Ils sont donc entrés dans le ministère du Développement durable à côté, où ils ont essayé de bloquer l'entrée. C'est à ce moment que des échauffourées entre les manifestant-e-s et la centaine de policiers qui étaient sur place auraient éclaté. Selon la police, des activistes les auraient attaqués avec des bombes lacrymogènes. En plus, ils auraient commis des dégradations volontaires. Selon les manifestant-e-s, c'est eux qui se seraient fait attaquer par les policiers. Des photos et des vidéos prises sur place donnent raison aux derniers : On y voit des policiers qui, en surnombre et bien équipés, attaquent violemment des manifestant-e-s qui, en partie, se trouvent déjà par terre. On voit notamment un policier arroser avec une bombe lacrymogène un groupe d'activistes pacifiques qui se trouvent derrière une barrière. Dix personnes auraient été arrêtées et amenés au commissariat rue Glesener, dont six sans-papiers, des activistes allemands et une activiste luxembourgeoise. Au commissariat, personne n'était disponible pour donner plus de renseignements. Au Service presse de la police, non plus. Jusque hier, la « Marche pour la liberté » n'avait connu aucun incident, ni en Allemagne, ni en France.

**Religionen, Werte und der Rest der Welt**

(lm) - Viel aneinander vorbeigeredet wird in der Diskussion um die Abschaffung des Religionsunterrichts. Dass das nicht nur an der Streitsucht und Borniertheit der Hauptprotagonisten liegt, zeigt das Dossier der soeben erschienenen Juni-Ausgabe von Forum. Unter dem Titel „Säkularisierung“ findet man sieben Beiträge oder Interviews, die jeder auf seine Art das Thema Religion und Werte angehen. Doch obwohl alle lesenswert sind und keinem „Ultra“ das Wort gegeben wird, bleiben am Ende mehr Fragen als Antworten. Ein Teil der Artikel beschäftigt sich mit der Frage, was Religion ist und welchen Platz sie in der Gesellschaft einnehmen kann. Die Forscherin Lucie Waltzer zeigt, dass nicht nur das europäische Christentum von dem Rückgang der institutionellen Religiosität betroffen ist. Aus ihren Interviews mit in Luxemburg lebenden Muslimen aus Ex-Jugoslawien ergibt sich das Bild einer individuell rekonstruierten Religiosität, in der Islam eher für moralische Werte als für religiöse Dogmen und Rituale steht. Zwei Gesichter hat die Religion für den Theologen Ingo Hanke: das eines universellen menschlichen Bedürfnisses nach Spiritualität, und das eines Alleinvertretungsanspruchs, der dann zu Konflikten mit anderen Religionen führt. Hanke leitet hieraus die Wichtigkeit einer interkonfessionellen Friedensarbeit ab. Unklar bleibt, ob neben dem Dialog der Religionen untereinander nicht auch ein Dialog der Religionen mit den zahlreichen nicht-religiösen Menschen und Gruppen notwendig wäre - eine Frage, die sich ja auch in der Diskussion um den „cours unique“ stellt. Michel Pauly, seinerzeit Mitbegründer der linkskatholischen Zeitschrift, legt dar, warum die Gesellschaft in seinen Augen nie vom Christentum durchdrungen war und inwiefern ein Bruch der Kirche mit dem Staat die Vorbedingung für die eigene Glaubwürdigkeit wäre. Seine Definition vom Christen als Aktivist im Dienste der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Bewahrung der Schöpfung dürfte weder den Laizisten noch den Kirchenoberen in den Kram passen. Ein Interview mit dem Religionssoziologen José Casanova und eine Beschreibung der belgischen Situation von Caroline Sägeser gehen auf die Beziehungen zwischen Kirche und Staat ein. Unser Nachbarland ist uns in Sachen Anerkennung des Islam und der laizistischen Denkrichtung als Gemeinschaften voraus, doch das plurale Modell wirft auch neue Probleme auf. Bildungsminister Claude Meisch hält im E-Mail-Interview am Projekt „cours unique“ fest. Neben einigen ausweichenden Antworten überrascht er mit der Aussage, sich am Québec-Modell orientieren zu wollen - die kanadische Provinz hat in den vergangenen Jahren mit ihren Konflikten um Laizität und Religion Schlagzeilen gemacht. Der Bildungswissenschaftler Christian Meyers schließlich plädiert für einen „Werteunterricht“, in dem eher die Autonomie der Jugendlichen eine Rolle spielt als vorgegebene Werte - um am Ende dann doch solche Werte aufzuzählen.

## AKTUELL

## STUDIENBEIHILFEN

**25-Stunden-Tag**

David Angel

**Am Dienstag fand eine nicht-öffentliche Sitzung der parlamentarischen Hochschulkommission statt, zu der auch die Jugendorganisationen geladen waren. Der woxx liegt ein inoffizielles Protokoll dieser Sitzung vor.**

An der Diskussion nahmen VertreterInnen des Aktionskomitee 6670, der Acel und der Jugendorganisationen CSJ, JDL, JSL, Jonk Gréng, Jonk Lénk und Jonk Piraten teil. Adrenalin glänzte durch Abwesenheit.

Das Aktionskomitee 6670 trug gleich zu Anfang der Sitzung seine Kritik am Gesetzesprojekt vor. Die Basisbeihilfe sei viel zu niedrig, die Mobilitätsbeihilfe ungerecht und die neue Familienzulage unzureichend. Vor allem aber würden Studien zur sozioökonomischen Situation von Studierenden aus Luxemburg fehlen. Ein Vertreter des Aktionskomitees wies darauf hin, dass die von Claude Meisch eingebrachten Nachbesserungen die Regierung keinen Cent mehr kosten würden.

Ein Vertreter der Acel betonte vor allem, dass seine Organisation demokratisch legitimiert sei, im Namen der StudentInnen zu sprechen. Seine Organisation plädiere unter anderem dafür, die Basisbeihilfe von 2.000 Euro auf 2.500 aufzustocken und damit an die Höhe des für die Zukunft geplanten Kindergeldes zu orientieren. Zufrieden zeigte sich die Acel bezüglich der Einbeziehung der Anzahl studierender Kinder eines Haushalts bei der Berechnung der Sozialbeihilfe. Allerdings sollten alle Kinder im Haushalt, nicht nur die Studierenden, einbezogen werden.

Die CSJ begrüßte ihrerseits die Arbeit von Claude Meisch und wies darauf hin, dass es beim 6670 vor allem darum gehe, in der Vergangenheit begangene Fehler zu beheben. Außerdem unterbreitete sie die Idee einer „Bourse d'encouragement“ für besondere Leistungen beim Studium und forderte eine Sensibilisierungskampagne für den Umgang mit einem „Prêt“ und der aus ihm entstehenden Verschuldung. Die JSL betonte, dass Kürzungen bei Bildungsausgaben ein falsches Signal seien. Auch sie kritisierte den hohen Stellenwert, den Anleihen in Zukunft genießen könnten. Die JDL bedauerte, dass nicht alle am „konstruktiven Dialog“ teilgenommen hätten und begrüßte das Gesetzesprojekt im Allgemeinen. Auch wenn es schwieriger werde, ein Studium zu finanzieren, so werde hier doch eine gezielte Unterstützung mit besonderem Augenmerk auf sozial

Schwache gewährleistet. Die VertreterInnen von Jonk Gréng erklärten, sie seien dem Gesetzesprojekt gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt. Zum Thema Mobilitätsbeihilfe merkten sie an, dass versprochen worden sei, verstärkt Wohnraum für Studierende zu schaffen. Über Resultate sei aber bisher nichts Konkretes bekannt. Die Jonk Lénk schloss sich der Kritik des Aktionskomitees weitgehend an und schlug eine „Reichensteuer“ vor, mit der höhere Studienbeihilfen finanziert werden könnten. Von Meischs „Dialogbereitschaft“ sei, abgesehen von „PR-Aktionen“ bisher nicht viel zu sehen. Die JDL verhalte sich Meisch gegenüber wie ein „Schoßhündchen“. Die jungen Piraten bedauerten, dass die Gespräche nicht öffentlich geführt wurden, und kritisierten vor allem die Mobilitätsbeihilfe. Ein Vertreter der Organisation rechnete vor, dass ein Student, der, wie verlangt seinem Studium nachgeht und nebenbei noch arbeitet, leicht auf einen 25-Stunden-Tag kommen könnte. „Etwas zu viel“ sagte er unter dem Gelächter der Anwesenden.

**Autonomie der Studenten nicht gefährden**

Roy Reding von der ADR stellte anschließend fest, dass das Aktionskomitee sich explizit auch für Kinder von GrenzgängerInnen einsetze. Wie denn Acel und CSJ zur Frage der Einbeziehung dieses Personenkreises stünden, wollte er wissen. Während die CSJ die Antwort verweigerte, betonten die Vertreter der Acel, dass ihre Organisation Luxemburger StudentInnen, und nicht Kinder von GrenzgängerInnen, vertrete. Martine Hansen sprach sich im Namen der CSV für eine höhere Basisbeihilfe aus, um die Autonomie der Studierenden nicht zu gefährden. Eugène Berger betonte, es gebe wenig Betroffene, die nur die Basisbeihilfe in Anspruch nehmen könnten. Claude Adam, der Aus sagen aus dem Aktionskomitee zufolge in Gesprächen wiederholt Verständnis für die Positionen der Studierenden gezeigt hatte, stellte sich voll hinter das Gesetzesprojekt und warf dem Aktionskomitee Widersprüchlichkeiten in der Argumentation vor. Während Justin Turpel lieber dem Minister als den StudentenvertreterInnen Fragen gestellt hätte, lobte Octavie Modert die StudentInnen für die Arbeit, die sie geleistet hätten. Ihr Fazit: Früher hätte man nicht so viel Zeit gehabt, um all das zu leisten.